

# Eintrittswelle bei der Löhner SPD bleibt aus

**Koalitionsverhandlungen:** Die Sozialdemokraten in der Werrestadt freuen sich über mehr Mitglieder. Das liegt aber nicht an der Aufforderung des Juso-Vorsitzenden. Der Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe fordert seine Partei zu einer ehrlichen Diskussion über die Agenda 2010 auf

Von Dirk Windmüller

■ **Löhne.** Die SPD ringt um die Frage, ob sie wieder in eine große Koalition mit der CDU gehen soll. Nach einer möglichen Einigung auf einen Koalitionsvertrag bei den Verhandlungen in Berlin darf auch die Basis wieder über den Vertrag entscheiden.

Die Jusos, die Nachwuchsorganisation der Partei, sind explizit gegen die Wiederaufnahme der GroKo. Ihr Vorsit-

zender Kevin Kühnert hatte dazu aufgerufen, in die SPD einzutreten, um dann als Neumitglied gegen die GroKo zu stimmen. Die SPD meldet bundesweit steigende Mitgliederzahlen. Die Bielefelder Sozialdemokraten sprechen mit Blick auf 135 neue Mitglieder von einer Eintrittswelle.

Davon kann bei der Löhner SPD nicht die Rede sein. „Nach der Aufforderung der Jusos waren das vielleicht eine Handvoll Neueintritte“, sagt der

Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe. Allerdings habe es seit dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen eine spürbare Zahl von neuen Mitgliedern gegeben. „Da kommen wir auf etwa 20“, sagt Schewe. Aktuell hat die Löhner SPD knapp 400 Mitglieder.

Er geht nicht davon aus, dass viele der neuen Mitglieder in die Partei eingetreten sind, um gegen den Koalitionsvertrag zu

stimmen. „Bei einem Neumitgliederempfang waren viele von ihnen dabei. Da hatte ich eher den Eindruck, dass sie ehrlich an Politik interessiert sind.“

Schewe selber ist sich noch nicht sicher, ob er der GroKo zustimmen wird. „Das mache ich vom Verhandlungsergebnis abhängig“, sagt er. Er befürchtet, dass die SPD als Juniorpartner in der Großen Koalition weiter an Zustimmung verliert. „Das passiert, wenn die

hochgesteckten Erwartungen der Wähler nicht erfüllt werden.“

Der Löhner SPD-Chef ist sich allerdings mit Andrea Nahles, der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, einig, dass nicht Angela Merkel mit ihrem Regierungsstil für den desaströsen Zustand der SPD verantwortlich ist. „Das Urvertrauen der eigentlichen Kernwählerschaft der SPD, der lohnabhängig Beschäftigten, ist erschüttert.“

Die Gründe liegen auch in der Agenda 2010“, sagt er. Nach den Agenda-Beschlüssen hätten die Probleme für die Partei begonnen. „Solange wir uns dieser Diskussion nicht konsequent stellen, wird es nicht besser und jeder Bundesvorsitzende wird es schwer haben“, ist sich Schewe sicher. Es sei ein großer Fehler gewesen, darüber nie offen und breit zu diskutieren.

Die Partei müsste sich intensiv die Frage stellen, wie

man die Bedürfnisse der Menschen erfüllen könne, die zur Stammwählerschaft zählen. „Es ist ein Alarmsignal, wenn mehr Hartz IV-Empfänger die AfD wählen als die SPD.“

Egon Schewe ist froh, dass die Krise der Bundes-SPD noch nicht so stark auf die lokale Ebene durchgeschlagen sei. „Auf örtlicher Ebene können wir unsere Politik gut vermitteln. Aber wir können nicht auffangen, was woanders unterbleibt.“